

# «Aserbaidtschan will eine bessere Position»

Armenien und Aserbaidtschan befinden sich wegen der Region Berg-Karabach in einem bewaffneten Konflikt. Der Schaffhauser Geschichtsprofessor Jeronim Perović sieht keinen Weg, wie sich die Staaten schnell einig werden könnten.

Dario Muffler



Jeronim Perović

Der Konflikt um Berg-Karabach ist kompliziert. Und das ist er schon seit vielen Jahrzehnten. Der Konflikt im Südkaukasus sei überaus vielschichtig und komplex. Das sagt einer, der sich intensiv mit dieser Region und ihrer Geschichte befasst: Der Schaffhauser Jeronim Perović, Professor für Osteuropageschichte an der Universität Zürich. «Es handelt sich um einen der ältesten noch bestehenden ethnoterritorialen Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion», sagt er.

Der Ursprung des nun wieder aufgeflammt Konflikts liegt im Jahr 1921. Damals entschied die sowjetische Führung unter Josef Stalin, dass das Gebiet Berg-Karabach zur neuen aserbaidtschanischen Republik gehören soll. «Offenbar auf Intervention von Stalin persönlich», sagt Perović. Beweise dafür, etwa ein Transkript des Gesprächsprotokolls von 1921, seien bis heute aber keine gefunden worden.

### Eskalation war absehbar

Das umkämpfte Gebiet liegt im Westen des völkerrechtlich anerkannten Staatsgebiets von Aserbaidtschan, wo eine turksprachige muslimische Bevölkerung lebt. Bewohnt wird es überwiegend von christlichen Armeniern. Berg-Karabach und Armenien nennen das Gebiet Republik Arzach, anerkannt wird sie aber von keinem Staat der Welt. Auch Armenien anerkennt – wohl aus Furcht vor einer Eskalation mit der Türkei – den Staat nicht offiziell als unabhängig, sieht sich aber als Schutzmacht der armenischen Bevölkerung in Berg-Karabach. Deshalb hat es in den 90er-Jahren, nach dem Zerfall der Sowjetunion, rund um das besagte Gebiet die aserbaidtschanische Bevölkerung aus sieben Provinzen vertrieben und das Land aus aserbaidtschanischer Sicht – die auch von UNO-Resolutionen gestützt wird – wiederrechtlich besetzt. Aus armenischer Perspektive handelt es sich um Pufferzonen.

In den vergangenen Jahren ist es immer wieder zu Kampfhandlungen gekommen – vor der aktuel-

len Eskalation zuletzt 2016. Dass es irgendwann wieder losgehen würde, damit musste man rechnen, sagt Perović. «Die beiden Staaten vertreten vereinbarte Positionen.» Auf der einen Seite beruft sich Aserbaidtschan auf die erwähnten UNO-Resolutionen und fordert die Integrität seines Staatsgebietes, auf der anderen Seite pocht Armenien auf das Selbstbestimmungsrecht der Einwohnerinnen und Einwohner der Enklave Berg-Karabach. «Was wir jetzt sehen, ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln», sagt der Kaukasus-Experte. «Aserbaidtschan will durch die militärische Intervention eine bessere Verhandlungsposition erzwingen.»

### Die Türkei mit einer neuen Rolle

Die bestehende territoriale Situation sei nicht zum Vorteil von Aserbaidtschan, so Perović. Als Grund führt er die erwähnten Sicherheitsgebiete um Berg-Karabach an, deren Eroberung durch Armenien viele Tote und Vertriebene gefordert hat. Hinzu kommen verschiedene aktuelle Faktoren, die den autokratischen Herrscher Aserbaidtschans, Ilham Alijew, unter Druck bringen. So ist in den letzten Jahren beispielsweise der Ölpreis stark gefallen, was Aserbaidtschan wegen gesunkener Einnahmen, beispielsweise vom staatlichen Ölkonzern Socar, der in der Schweiz stark präsent ist, stark spürt. Weiter ist es in Armenien 2018 zu einer friedlichen Revolution gekommen, aktuell steht auch in Belarus der langjährige Machthaber unter Druck. Das hat auch Konsequenzen für Aserbaidtschan: «Alijew braucht einen Erfolg, auch wenn er nur symbolischer Natur ist», schlussfolgert Perović.

Verändert hat sich auch die Rolle der Türkei: Das Land ist ein aktiver Player auf dem geopolitischen Parkett geworden, während es in diesem Konflikt früher nur hintergründig eine Rolle gespielt hat. «Die Türkei traut sich viel mehr als in der Vergangenheit», so der Geschichtskenner. In den vergangenen Tagen berichtete etwa der britische «Guardian», dass türkische Sicherheitsfirmen syrische Kämpfer anheuern, um auf der Seite von Aserbaidtschan zu



kämpfen. Alijew bezeichnet Erdogan etwa auch als Bruder. Offiziell verneint die Türkei eine militärische Rolle im Konflikt. Das habe mit der Beziehung zwischen der Türkei und Russland zu tun, sagt Perović.

### Russlands Spagat

Kremelchef Wladimir Putin und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan haben sich in den letzten Jahren stark angenähert. Auch auf persönlicher Ebene, wie Perović sagt. «Für Russland ist die Situation aktuell sehr schwierig.» Das hat mehrere Gründe. Russland pflegt nicht nur wirtschaftliche Beziehungen zur Türkei, sondern auch zu Aserbaidtschan. Gleichzeitig ist der Kreml aber auch Schutzmacht von Armenien. «Wenn es militärisch hart auf

Trümmer, Tote und Verletzte: Die kriegerischen Handlungen zwischen Armenien und Aserbaidtschan fordern in der Region Berg-Karabach ihren Tribut. BILD KEYS

hart kommt, dann müsste sich Putin hinter Armenien stellen», sagt Perović. Deshalb ist der Kremlchef auch bemüht darum, eine friedliche Lösung zu finden (siehe Text unten).

Russland besitzt noch eine weitere Rolle in diesem Konflikt. Das Land ist Teil der Minsker Kontaktgruppe. Diese Gruppe wurde 1992 von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gegründet. Zur Gruppe gehören neben Russland auch Frankreich und die USA. Ihr Ziel ist es, dass in der Krisenregion Frieden einkehrt.

In den letzten Jahrzehnten agierte die Gruppe eher erfolglos – einst vereinbarte Grundsätze des Friedensprozesses, wie die Rückgabe der Pufferzonen in Aserbaidtschan durch Armenien, wurden bis

heute nicht umgesetzt. «Seit 1994 ist man keinen Schritt weiter gekommen», konstatiert Perović.

### Wenig Interesse anderer Staaten

Aus internationaler Sicht habe man den Konflikt konserviert, so Perović. Dafür, dass es in all den Jahren zu keiner internationalen Intervention oder zumindest zu verstärkten Bemühungen um eine Lösung gekommen sei, sieht er vor allem zwei Gründe. «Es ist kein Gebiet, das im unmittelbaren Interesse stand. Es geht vor allem um Land, aber nicht um viel Infrastruktur oder grosse Ressourcen.» Als zweiten Hauptgrund nennt Perović die Distanz: «Der Konflikt bedrohte nicht unsere Sicherheit.» Beispielsweise ganz im Gegensatz zum Bürgerkrieg in Jugoslawien: «Dort wollte die inter-

nationale Staatengemeinschaft eine Flüchtlingswelle und die Ausweitung des Konflikts verhindern», sagt Perović.

Genau dieses mangelnde Interesse der internationalen Gemeinschaft kritisieren Armenierinnen und Armenier. So etwa Ofelya Sahakyan, die in Schaffhausen lebt. «Alles, was wir Armenierinnen und Armenier wollen, ist Frieden», sagt sie. Armenien hätte gar kein Interesse an einer kriegerischen Auseinandersetzung. Arzach sei Aserbaidtschan militärisch unterlegen, sagt sie.

### Das Trauma sitzt tief

Im Gespräch mit Armeniern, die in Schaffhausen leben, aber Verwandte haben, die dieser Tage für den Militärdienst aufgebeten wurden, fällt der Blick schnell auf die Vergangenheit. Die Armenier sehen sich als Opfer der Geschichte. Das hängt vor allem mit dem Genozid von 1915 zusammen. «Es ist das traumatischste Ereignis in der Geschichte des Landes», sagt Perović. Der armenische Ministerpräsident Paschinjan hat so auch in mehreren Interviews letzte Woche gesagt, dass er die Aggression Aserbaidtschans als Fortsetzung des Völkermordes sehe. «Armenien sieht sich im Zangengriff der Türkei und Aserbaidtschans – zweier Erzfeinde», sagt Perović. Dass Paschinjan eine derart symbolgeladene Rhetorik verwendete, beunruhigt den Schaffhauser Geschichtsprofessor. «Damit trägt auch er nicht zur Entschärfung der Situation bei.»

### Niemand hat Interesse an einer Ausweitung

Die von Russland initiierte Waffenruhe hat am Wochenende nur kurz gehalten. Aus Sicht von Perović habe aber keine Partei Interesse daran, dass sich der Konflikt weiter ausbreite. «Auch Alijew will keinen grossen Krieg.» Unklar sei nämlich, wie sehr die aserbaidtschanische Bevölkerung hinter der Aktion stehe. «Der Staat ist sehr autokratisch regiert, eine freie Meinungsäusserung gibt es nicht», sagt Perović. Als Beispiel nennt er seine persönlichen Erfahrungen mit Beziehungen zu Forscherinnen und Forschern in Aserbaidtschan. Auf die Frage, weshalb Aserbaidtschans Herrscher dennoch die kriegerische Auseinandersetzung gewählt hat, antwortet Perović: «Mit Krieg lassen sich nunmal gewisse Ziele verwirklichen.» Das klinge zwar archaisch, aber die konfliktreiche Vergangenheit des Kaukasus bestärke die Politiker in dieser Haltung.

# Schaffhauser Armenier sammeln für ihre Landsleute

1500 Kilogramm Hilfsgüter für die Bevölkerung in Armenien wurden in Schaffhausen in den letzten Wochen gesammelt. Eine private Initiative von hier lebenden Armenierinnen und Armeniern will das Leid der Bevölkerung im armen Land lindern.

Dario Muffler

SCHAFFHAUSEN. Ein Bruttkasten, diverse Monitore, Dutzende Kisten mit Jacken und Pullovern sowie anderem Material für medizinische Eingriffe stapeln sich seit vergangener Donnerstagabend in einer Lagerhalle im Güterbahnhof Schaffhausen. Das Material wurde innerhalb von wenigen Tagen aus der ganzen Schweiz nach Schaffhausen geschafft. «Ich konnte nicht einfach still sitzen», sagt Aram Sahakyan. Er hat die Hilfsaktion für Armenien ins Leben gerufen. Schnell sei klar gewesen, dass er viel Wohlwollen und Unterstützung bekommen würde. Das zeigt sich auch am vergangenen Donnerstagabend, an dem knapp ein Dutzend Personen die Kisten wägte, alles beschriftete und einen Transporter mit den Waren belud. Insgesamt 1,5 Tonnen Hilfsgüter sind zusammengekommen.

### Botschaft ist beteiligt

Das gesamte Material wurde gespendet. Dazu habe er sein Umfeld kontaktiert, so Sahakyan: Bekannte bei der Polizei, Mitarbeitende von Spitälern und einfach hilfsbereite armenische Staatsbürger und Schweizer Freunde.

Sahakyan hat auch der armenischen Botschaft in Genf mitgeteilt, dass er eine Hilfsgüteraktion gestartet habe. Die Botschaft zeigte ihrerseits Interesse am Projekt – seither stehen Botschaft und er in regelmässigem Austausch. Die Botschaft in Genf werde sich um den Transport nach Armenien kümmern, sagt Sahakyan. «Wann das genau sein wird, steht noch nicht fest.» Noch steht das Material im Güterbahnhof. Sehr wahrscheinlich werde das Material aber via Lyon mit einem Charterflug nach Armenien transportiert werden. Es sei alles ziemlich spontan, fügt Sahakyan an.

### «Leute wachrütteln»

Für die Armenierinnen und Armenier in Schaffhausen ist die Situation aktuell alles andere als einfach, wie Gespräche mit verschiedenen Personen zeigten (siehe Text oben). Das Bedürfnis zu helfen, sei weit verbreitet, sagt Ofelya Sahakyan. Ebenso wichtig ist es ihnen, dass die Öffentlichkeit in der Schweiz und auf der ganzen Welt mitbekommt, was aktuell in Armenien passiert. «Wir müssen die Leute wachrütteln», sagt Aram Sahakyan. Deshalb ist auch eine Standaktion auf dem Fronwagplatz geplant.



Ofelya und Aram Sahakyan berechnen das Gewicht der Hilfsgüter.

BILD DARIO MUFFLER

Thomas Seibert

ISTANBUL. Der Krieg um die Enklave Berg-Karabach im Kaukasus geht trotz der von Russland organisierten Feuerpause weiter. Ein Wohngebiet der aserbaidtschanischen Stadt Ganja wurde nach Regierungsangaben in der Nacht zum Sonntag von armenischen Raketen getroffen. Sieben Menschen seien getötet worden. Zuvor hatte Armenien den Aserbaidtschanern vorgeworfen, die Gegend um die armenische Stadt Kapan bombardiert zu haben.

Hinter den Verstössen gegen die Waffenruhe wird eine wachsende Konfrontation zwischen Russland und der Türkei sichtbar. Der türkische Partner Aserbaidtschan nennt die Feuerpause «zeitlich befristet» und hält trotz der russischen Initiative am Ziel fest, die Armenier aus Berg-Karabach zu vertreiben. Ankara will gegen den Widerstand Moskaus ein Mitspracherecht im Kaukasus durchsetzen.

Bei Gesprächen in Moskau hatte die russische Regierung am Wochenende Armenien und Aserbaidtschan auf die Waffenruhe verpflichtet. Die Behörden in Berg-Karabach sprachen gestern von rund 50 weiteren Toten. Damit sei die

zahl der getöteten Soldaten auf mehr als 500 gestiegen. Aserbaidtschan machte bislang keine Angaben zu Verlusten in den eigenen Reihen. Es kamen auch viele Zivilisten ums Leben.

Russland, die traditionelle Ordnungsmacht im Kaukasus, strebt einen Ausgleich zwischen Armeniern und Aserbaidtschanern unter der Kontrolle des Kremls an, doch die politische und militärische Unterstützung der Türkei für Aserbaidtschan hat die Gleichgewichte in der Region verändert.

Die Feuerpause war ein Versuch Russlands, die Spannungen zu kontrollieren und die Türkei aus dem Konflikt herauszuhalten. Doch nicht nur die anhaltenden Kämpfe zeigten am Wochenende, dass Moskau sich schwertut. Ein hochrangiger aserbaidtschanischer Regierungsvertreter sagte kurz nach Inkrafttreten der Waffenruhe vor Journalisten in Istanbul, die «zeitlich begrenzte humanitäre Feuerpause» diene lediglich dazu, Gefangene und die Leichen gefallener Soldaten auszutauschen.

Die Kämpfe ganz zu beenden, kommt demnach nicht in Frage. Am Hauptziel Aserbaidtschans in dem Krieg habe sich nichts geändert, sagte der aserbaidtschanische Offizielle: Seine Regierung

# Die Türkei und Russland sind auf Konfrontationskurs

Die Waffenruhe in Berg-Karabach wurde am Wochenende bereits nach wenigen Stunden wieder gebrochen. Mit den Verstössen gegen die Feuerpause wird die türkisch-russische Rivalität sichtbar.

### Der Konflikt um Berg-Karabach



dpa • 101533

Quelle: OSM-Mitwirkende

will Berg-Karabach wieder ganz unter ihre Kontrolle bringen. Die Enklave und angrenzende Gebiete werden seit einem Krieg Anfang der 1990er-Jahre von Armeniern beherrscht, die vom benachbarten Armenien unterstützt werden.

Ankara setzt nach wie vor darauf, den türkischen Einfluss im Kaukasus durch militärische Erfolge des Partners Aserbaidtschan zu stärken. Die Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdogan hat türkisch-russische Verhandlungen vorgeschlagen, doch Kremelchef Wladimir Putin hält am sogenannten Minsk-Prozess fest, bei dem Russland, Frankreich und die USA die entscheidenden Akteure sind, die Türkei aber nur eine Statistenrolle spielt.

Putin vermeidet bisher jeden direkten Kontakt mit Erdogan. Die beiden Präsidenten arbeiten in Syrien und in Libyen sowie in Energiefragen eng zusammen und telefonieren häufig miteinander. In der Krise in Berg-Karabach sei das anders, schrieb Dmitri Trenin, Direktor des Moskauer Büros der US-Denkfabrik Carnegie Endowment for International Peace. Putin habe zwar mit dem iranischen Präsidenten Hassan Rohani über Bergkarabach gesprochen, aber nicht mit Erdogan.